

Die Basis im Rat

der Stadt Neustadt am Rübenberge

Basismitglied als Vertreter im Rat: Kay Rudolf

Datum: 18.12.2021

**Herrn Bürgermeister Dominic Herbst, Stadt Neustadt a. Rbge.
An die Mitglieder des Rates der Stadt Neustadt a. Rbge.**

Antrag:

Die Basis beantragt die Prüfung sämtlicher „2G und 3G Regeln“ am Arbeitsplatz und im Öffentlichen Leben auf Verfassungsmäßigkeit und bis zu dieser Klärung, die faktische Aufhebung der entsprechenden Verordnungen und Diskriminierungsregelungen (Niedersächsische Verordnung über infektionspräventive Schutzmaßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus SARS-CoV-2 und dessen Varianten (Niedersächsische Corona-Verordnung) Vom 23. November 2021).

Begründung:

Mit dem Urteil des OVG Lüneburg (Az.: 13 MN 477/21) wurde deutlich, dass sich die 2G-Regeln im Einzelhandel als unverhältnismäßig und verfassungswidrig (bzgl. Artikel 3GG) herausgestellt hat. Offensichtlich gilt das auch für viele andere massive Eingriffe in das Arbeits- und Privatleben impfstofffreier Menschen. Tatsächlich stellt der dadurch erzeugte Druck für viele Mitmenschen eine Entwürdigung (im Sinne Artikel 1GG) und einen Angriff auf deren psychische Gesundheit dar. Die Umsetzung solcher Diskriminierungsgesetze ist damit verfassungswidrig und müsste daher von allen Demokraten in Verantwortung abgelehnt werden und darf gar nicht umgesetzt werden.

Wissenschaftlich ist es meines Wissens mittlerweile Konsens, dass alle Gruppen das Sars-Cov2 Virus aufnehmen und weitergeben können. Epidemiologisch haben diese Regeln also keinen Nutzen, wenn es darum geht Menschen zu schützen, sie haben also nur den Zweck Ungeimpfte Mitmenschen zu schikanieren.

Der Einwand: „Die Mitmenschen können sich doch einfach impfen lassen“ zieht nicht. Erstens gibt es einige Menschen, denen aus medizinischen Gründen von den Impfungen abzuraten ist, andererseits ist es für Menschen, die das Vertrauen in Politik und Pharmakonzerne aufgrund der nachweislich unzähligen Lügen der Vergangenheit verloren haben, keine ernsthafte Option sich diesem medizinischen Eingriff zu unterziehen. (Sie wissen selbst: Skandale der Impfstoffhersteller mit unreinen Medikamenten, neuartige Impfstoffe mit bedingter Zulassung, unklare Langzeitfolgen für das Immunsystem, seltene Todesfälle nach Impfungen, geringe Wirksamkeit des Impfstoffes, häufiges

verschieben des Pandemieendes, inkonsistente, unlogische und kontraproduktive Maßnahmen, keine vernünftige Datenbasis usw., dem gegenüber steht das geringe Risiko an Corona schwer zu erkranken)

Ich weiß, dass es zum Zeitgeist gehört, solche Verordnungen durchzuwinken, aber es geht um einen Großteil der Einwohner Neustadts, die an diesen Regelungen leiden. Nicht nur Impfstofffreie, sondern demnächst auch Menschen, die an dem ersten oder zweiten „Piks“ gelitten haben und nun den dritten befürchten müssen.

Ich freue mich in diesem Zusammenhang die Worte des Bürgermeisters am 25.11.21 vernommen zu haben, wo er auf eine Einwohnerfrage antwortete und konstatierte, dass sich die Stadt im Rahmen der Gesetze möglichst diskriminierungsfrei verhalten wird. Ich meine, dass die Gegebenheiten da sind, gar nicht diskriminieren zu müssen.

In aller Deutlichkeit: Es geht hier nicht darum keine Maßnahmen gegen die Pandemie umzusetzen. Es gibt sicher sinnvolle Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. Es geht hier um nicht weniger als unsere Verfassung und Mitmenschen vor zu übergriffigen Gesetzen zu schützen.

Kay Rudolf

Sprecher für die Basis